

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 4

Artikel: Vom Eurokommunismus zum Weltsozialismus
Autor: Keller, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339537>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Eurokommunismus zum Weltsozialismus

Als sich der «Prager Frühling» zum zehnten Mal jährte, konnte man vielfach lesen, dass der Eurokommunismus aus dieser Quelle geflossen sei. Auch Wolfgang Leonhard ist in seinem neuen Buch «Eurokommunismus, Herausforderung für Ost und West» dieser Ansicht. Aber nun ist ihm im Profil 10/78 I. W. Brügel mit Recht entgegengetreten. Er gibt zu bedenken, dass das Prager Aktionsprogramm vom April 1968 an der «führenden Rolle» der KP festgehalten hat. Als dann im Juni 1968 parteiunabhängige Intellektuelle die Eingabe der «2000 Worte» machten, protestierte denn auch Dubcek in einer warnenden Rede an das Volk vom 28. Juni mit Leidenschaft gegen das Ansinnen, Bürgerinitiativen *ausserhalb* der Nationalen Front zu gestatten. Er sagte: «Der wesentliche Teil unserer Bevölkerung weist empört die pauschale Verurteilung unserer 20jährigen Vergangenheit zurück. Der Angriff gegen unsere Partei als Ganzes und die Bestrebungen, oppositionelle Kräfte gegen sie zu formieren, erachten wir gegenwärtig als das ernsteste Hindernis der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie.»

Es muss Dubcek schon damals wie dem «Zauberlehrling» in Goethes Gedicht zu Mute gewesen sein, denn er fuhr fort: «Es ergibt sich die Frage, ob es uns gelingen wird, unsere Absichten und Pläne zu verwirklichen. Das hängt nicht nur von uns ab, sondern auch davon, ob es den antisozialistischen und überhaupt missgünstigen Kräften, die unseren Misserfolg wünschen, gelingt, uns Probleme und vor allem Methoden aufzuzwingen, die wir selbst verurteilt haben. . .» Weil der Parteiführer selber entschlossen war, einer *pluralistischen* Entwicklung in den Weg zu treten, kann man verstehen, dass Breschnew gezögert hat, den von den Falken verlangten Einmarsch zu bewilligen. Nach dem Augenzeugen Kriigel stammt die «Breschnew-Doktrin» nicht von Breschnew. Es waren die Offiziere, die gefürchtet hatten, es komme in der CSSR zu einem Neutralismus wie in Jugoslawien trotz dem Widerstand der Partei. Bereits hörte man den Ruf nach einer sozialdemokratischen Partei, die auf ihr Programm den Austritt aus dem Warschauerpakt und der RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) setzen wollten. Das wäre sehr populär geworden, sieht doch der kleine Mann nicht ein, warum er für andere in den Krieg ziehen und aus Solidarität mit ärmeren Brudervölkern den Gürtel enger schnallen soll. Dubceks Reformkommunismus bestand nur in der Abschaffung der Zensur. Er erhoffte sich von der freien Diskussion ein freies Bekenntnis des Volkes zum Sozialismus und zur proletarischen Solidarität. Gewiss kann man in allen Ländern des Ostblocks darauf zählen, dass bei freiem öffentlichem Meinungs austausch die grosse Mehrheit die verstaatlichten Betriebe nicht wieder in private Hände von Aktionären zurückgeben will. Aber das Volk möchte einen höheren Lebensstandard

durch die Aufkündigung der wirtschaftlichen und militärischen Verpflichtungen gegenüber dem Ostblock und eine vermehrte Ausrichtung des Handels nach dem Westen; wenn mehr westliche Devisen ins Land kämen, könnte man auch so viele Autos, Textilien, Früchte und Schokolade bekommen, wie der glückliche Bürger im Westen, voran der neutrale Schweizer! Darum hätte der Pluralismus in Prag zwar nicht zurück zum Kapitalismus geführt, wohl aber zum Neutralismus. Aber das hätte bedeutet, dass die weiter östlich gelegenen Entwicklungsländer, vom Balkan über Sibirien bis Vietnam, noch mühsamer vorangekommen wären. Auch die militärische Hilfe an Vietnam hätte auf weniger Schultern verteilt werden müssen. Das konnten die Militärs nicht brauchen. Dazu kam, dass diese auch keine Schwächung der Westflanke gegenüber Westdeutschland hinnehmen konnten, war doch dort noch kein Willi Brandt so mächtig, um durch ein Vertragswerk das russische Misstrauen beschwichtigen zu können.

Weil jedes Volk nationalistisch denkt, kann die internationale Solidarität nur durch eine Führung durchgesetzt werden, die sich an das Kommunistische Manifest hält, das die Proletarier aller Länder ermahnt, «stets das Interesse der Gesamtbewegung» im Auge zu behalten. Das ist eine alte christliche Forderung, nicht nur weil sie alle Länder einbezieht, sondern weil sie darin den Armen helfen will.

Aus diesem Grund hat Leonhard *Ragaz*, der weitblickende Führer der religiös-sozialen Bewegung der Schweiz, nach dem Krieg die Entstehung der Volksdemokratien unter russischer Führung begrüsst. Er schrieb in der September-Nummer der Neuen Wege von 1945 über das Verlangen der Amerikaner und Engländer nach freien Wahlen im Osten folgende entscheidende Sätze: «Die angelsächsische Forderung leuchtet uns im ersten Augenblick ein. Sie entspricht dem demokratischen Denken des Westens. Aber es stellt sich bei tieferem Nachdenken doch die Frage, ob eine schablonenhafte Anwendung dieser demokratisch-parlamentarischen Form des Westens wirklich das ist, was die östlichen Völker in erster Linie nötig haben. Haben sie nicht in erster Linie eine *soziale Revolution* nötig? Müssen sie nicht in erster Linie von der halb feudalen, halb bourgeoisen Ausbeutergesellschaft befreit werden, durch die sie so lange versklavt und von einem Unheil in das andere gestürzt worden sind?»

Ragaz ist damals in seiner Meinung durch den Schweizer Gesandten in Jugoslawien Eduard *Zellweger* bestärkt worden. Dieser hat an einer Tagung des Ragaz-Kreises im Heinrichsbad erklärt: «Die angelsächsische Demokratie sichert besser die politischen Rechte, die russische aber die *sozialen*.» Das gilt für die Völker im Osten und Süden bis zum heutigen Tage. Die Entwicklungsländer kommen nur dort aus ihrem Elend heraus, wo die Wirtschaft von einer kommunistischen Führung in die Hand genommen wird! Wo der Weg parlamentarisch versucht wird, herrscht ein ewiges Parteiengenzänk oder es kommt zu einem Militärputsch, wenn die Linke sichtlich erstarkt.

Daher hat schon das SP-Parteiprogramm von 1935 folgende Gedanken über die Demokratie enthalten: «Die Grundlage der Tätigkeit der SPS ist die Demokratie. So sehr in den Ländern mit faschistischer Diktatur der illegale, revolutionäre Kampf in allen seinen Spielarten und am Tage nach der Revolution in diesen Ländern die Diktatur des Übergangs als ein Gebot selbstverständlicher Notwehr und Selbstbehauptung anzuerkennen ist, so falsch und verhängnisvoll wäre es, würde sich die sozialdemokratische Volksbewegung unter den ganz andern geschichtlichen und politischen Verhältnissen des Landes diese Mittel und dieses Ziel sich zu eigen machen.»

Auf diese Unterscheidung zwischen östlichen und westlichen Bedingungen wollten die Kommunisten des Westens aber lange nicht eingehen. Der Schreiber hat sich in den «Neuen Wegen» und später im «Zeitdienst» sowie im «Profil» immer wieder für diese Differenzierung ausgesprochen. Er hat daher mit Genugtuung miterlebt, dass sich endlich doch ein *westlicher* Kommunismus, der Eurokommunismus, herausgebildet hat. Noch erfreulicher war die Meldung, dass Berlinguer auf seiner Moskaureise im Oktober von Breschnew die Zustimmung erhalten hat, den Weg des historischen Kompromisses weiter zu gehen. Dadurch bleibt die internationale Solidarität der Kommunisten erhalten, was die Hoffnung auf Abschaffung der Militärblöcke weckt und den Befreiungskampf der Entwicklungsländer im Geiste des Marxismus erleichtert!

Einer solchen Entwicklung sieht die NZZ mit Bangen entgegen. Zum Jahrestag des Einmarsches der Warschaupakttruppen vor zehn Jahren schrieb der «Kreml-Astrologe» Kx noch aufatmend: «Einen ‚Sozialismus‘, der nicht ihrem (der SU) Weg folgt und sich ihrer Kontrolle entzieht, kann die Sowjetunion nicht dulden, wie der Fall Prag lehrt. Moskau verwarf die Chance, die die Tolerierung eines begrenzten Reformkommunismus‘ für Breschnews Détentepolitik und den sowjetischen Einfluss in Europa hätte bieten können – historischer Kompromiss in Italien, Einheitsfront von Sozialisten und Kommunisten in der französischen Regierung, Linksregierungen in Portugal, Spanien und Griechenland, KSZE unter Ausschluss Amerikas, Entwaffnung der NATO durch MBFR, man wagt sich die Folgen nicht auszumalen.»

Und nun ist Breschnew mit dem Eurokommunismus einverstanden. Er nützt also jetzt doch die Chance und toleriert wenigstens in Westeuropa einen «Reformkommunismus», der noch viel weiter geht als jener von Prag; der westliche setzt sich mit Leidenschaft für einen Pluralismus der Medien und Parteien ein. Diese neue Ideologie hat sogar gerade wegen der Zerschlagung des Prager Experiments und des daraus entstandenen Schadens für das Ansehen der «alten» Ideologie der Diktatur des Proletariats bereits Erfolg gehabt und wird nun dank der russischen Duldung noch mehr Anhänger finden. Der Eurokommunismus wird so erstarken, dass man ihm die Mitarbeit in den westlichen Regierungen immer weniger verwehren kann. Nicht nur in Italien, sondern auch in Portugal, ja sogar in

Spanien und Griechenland könnte es jetzt doch zu den von Kx gefürchteten Linksregierungen kommen. Wenn dieses Ziel in Frankreich noch nicht erreicht worden ist, war aber nicht Prag schuld, sondern der Partei-Egoismus der Linksparteien; besonders die französische KP brachte noch nicht die Toleranz auf, die sich für Eurokommunisten gehört. Sie ertrug es nicht, dass sie in einer Volksfrontregierung den geringeren Einfluss haben könnte als die Sozialisten. Sollten aber in den NATO-Staaten die Kommunisten doch immer mehr Einfluss bekommen auf die Regierungspolitik, dann dürfte Kx es in der NZZ nicht mehr dem Vogel Strauss gleich tun, denn die «unheimlichen» Folgen würden zu greifbar. Er müsste sich nicht nur die Entwaffnung der NATO ausmalen, sondern sogar die Auflösung beider Militärpakte. Die Vision von de Gaulle könnte Wirklichkeit werden: Das Europa der Vaterländer bis zum Ural! Ja die Prophetie von Leonhard Ragaz könnte wahr werden: Die «Welt-Eidgenossenschaft».

Wenn die Rüstungslasten wegfallen, werden die zivilen Bedürfnisse der vereinigten sozialistischen Staaten von Europa so viel besser befriedigt werden können, dass es auch keiner Diktatur mehr bedarf, um die Solidarität mit der Dritten Welt durchzusetzen. Der Eurokommunismus wird im Weltsozialismus gipfeln, denn nach Marx (Kritik des Gothaer Programms) erübrigt sich die Diktatur in dem Augenblick, wo die Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums so reichlich fließen, dass die Grundbedürfnisse eines jeden Bürgers befriedigt werden. Da zunächst aber nur der europäische Bürger diesen Standard erreichen wird, dürfen wir trotz grösserer Entwicklungshilfe nicht erwarten, dass sich auch in den Entwicklungsländern die Diktatur erübrigt. Es ist auch zu bedenken, dass manche Energie- und Rohstoffquelle versiegen wird, was die Entwicklungshilfe wieder erschwert. Andererseits wird die Diktatur in der Dritten Welt dort die Löhne und Preise so anheben, dass sich diese Welt immer selbständiger entwickeln und den Boden viel rationeller bewirtschaften wird als heute. So kommt es vielleicht auch dort doch noch zu einem freiheitlichen Sozialismus. Und noch bevor aus dem europäischen Staatenbund nach dem Beispiel der Eidgenossenschaft sogar ein Bundesstaat wird, kann Europa nach dem gleichen Beispiel auch die Dritte Welt in den Bund aufnehmen. Mancher Kanton unseres Landes war ja früher ein Untertanenland oder zugewandter Ort und geniesst heute Gleichberechtigung, ja freundeidgenössische Unterstützung, wenn er in den Bergen liegt. Machen auch die USA, Japen usw. die Linksentwicklung und Abrüstung der übrigen Welt mit, wird es zu einer Welteidgenossenschaft kommen, die nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich eine Genossenschaft ist. Es wäre der Weltsozialismus!

Der Skeptiker möge bedenken, dass sich auch die eidgenössischen Orte im Lauf ihrer Geschichte häufig blutig bekämpft und am Ende doch den Bundesstaat geschaffen haben, der zwar erst eine politische Genossenschaft ist. Aber auch das kann sich ändern!